

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

11.4.1913 (No. 98)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 98

Freitag, den 11. April 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Rath Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprech-
anschl. Nr. 951, 952, 953, 954), wofelbst auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P
Einrückungsgebühr: die 6 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 31. März 1913 gnädigst geruht, den etatmäßigen außerordentlichen Professor Dr. Wilhelm Salomon an der Universität Heidelberg zum ordentlichen Professor für Geologie und Paläontologie an der genannten Universität zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 31. März 1913 gnädigst geruht, den außerordentlichen Professor Dr. Emil Lask an der Universität Heidelberg zum etatmäßigen außerordentlichen Professor für Philosophie an der genannten Universität zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 31. März 1913 gnädigst geruht, den Gerichtsassessor Dr. Robert Lindmann aus Mannheim zum Notar im Amtsgerichtsbezirk Bonndorf zu ernennen.

Das Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen hat dem Notar Dr. Lindmann das Notariat Stühlingen zugewiesen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 31. März 1913 gnädigst geruht, den Inspektionsbeamten bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, Bauinspektor Hermann Stadel, zum Oberbauinspektor zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 31. März 1913 gnädigst geruht, den Oberstaatskontrolleur Julius Jander in Karlsruhe zum Oberrevisor zu ernennen.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 31. Dezember 1912 wurde Eisenbahnsekretär Wilhelm Breunig in Pforzheim nach Mannheim Rangierbahnhof versetzt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 20. Januar 1913 wurde Eisenbahnsekretär Hermann Graf in Pfullendorf nach Karlsruhe versetzt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 20. Januar 1913 wurde Eisenbahnsekretär Fritz Köhler in Rahr-Stadt nach Karlsruhe versetzt.

Die forstliche Staatsprüfung im Jahre 1913 betr.

Auf Grund der im März d. J. abgelegten forstlichen Staatsprüfung ist Forstpraktikant Karl Müller aus Heidelberg zum Forstassessor ernannt worden.

Karlsruhe, den 3. April 1913.

Großh. Ministerium der Finanzen.

Der Ministerialdirektor:

Schellenberg. Dr. Bund.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 10. April.

Um Wehrvorlage und Dedung.

* Bei der Beratung der Wehrvorlage im Reichstage hat ein Redner seine Abneigung gegen die Art ausgesprochen, wie der Zeit vor hundert Jahren bei uns gedacht werde. Es ist uns, wenn er auch ein einzelnes Beispiel anführte, doch nicht ganz klar, welcher Art des Gedankens er so abgeneigt ist. Es ist wahr, der 10. März ist mit größerer Feierlichkeit umgeben worden, im übrigen ist aber von festartigen Feiern im Lande außer den für Hehlheim und Weizig geplanten nichts bekannt. In den Zeitungen finden sich allerdings fortgesetzt Erinnerungen an 1813; es werden dort die für ein engeres oder weiteres Gebiet wichtigen Ereignisse chronologisch wieder gegeben, es werden Briefe oder Kernsprüche der handelnden Staatsmänner, Generale, Soldaten oder Schriftsteller abgedruckt usw. Das alles aber ist so schlicht, daß man nicht recht begreifen kann, wie hiergegen eine Abneigung entstehen sollte. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die unmittelbaren Zeugnisse der Freiheitskriege von den heute Lebenden, und zwar von Jung und Alt, sehr gerne entgegengenommen werden und daß sie daraus eine Bereicherung ihres eigenen Daseins gewinnen. Geradezu erfreulich wirkt diese Zeit, die man eine jünglingshafte

genannt hat, diese Zeit, wo der eiserne Blücher, der reife Gneisenau und die jüngsten Freiwilligen, fast noch Knaben, dazu die Frauen einig waren in dem stürmischen Drang vorwärts, wo sie fast verzweifelt, als im April 1813 Jögern und dann Rückzug kam und als gar Waffenstillstand geschlossen wurde. Diese wunderbare Erhebung mit der Vielheit der begabten Köpfe und der feurigen Herzen ist nicht auszuschöpfen; ihr Gedächtnis ist auch gar nicht so leicht zu verfälschen. Wir könnten froh sein, wenn die Gefinnung der Kämpfer von 1813 überall bei uns herrschte, und wir sollten das möglichste tun, daß die jetzt begangene Erinnerung an jene Zeit der heutigen Jugend etwas Dauerndes für ihren bürgerlichen Lebensweg und für ihr öffentliches Wirken mitgibt.

Die im Jahre 1913 eingebrachte Wehrvorlage verlangt vom Volke Opfer. Aus der Zeit vor hundert Jahren kann man auch lernen, wie man Opfer bringt und heischt. Manche der publizistischen Wortführer von heute und leider auch der Reichstagsredner haben es aber — daran läßt ihr Verhalten leider keinen Zweifel — darauf abgesehen, dem Volke die Opfer recht schwer zu machen. Man weiß, welche finanziellen Opfer die Ostpreußen 1813 gebracht haben, wie sie bis in unsere Tage daran abgezahlt haben, man weiß, daß Eheleute ihre goldenen Ringe brachten, Mädchen ihr Haar. Gerade diese sinnfälligen Dinge sind im Gedächtnis haften geblieben. Ja, glaubt man denn, daß diesen Leuten ihr Opfer schwer geworden sei? Haben nicht die eisernen Ringe, die sie eintauschten, denselben Dienst getan wie die goldenen, lag darauf nicht noch eine besondere Weihe und ging nicht jeder, der sein Scherflein gebracht, mit frohem Gefühl heim? Die Leute wurden nicht ärmer durch ihre Gaben, sondern reicher. Das ist die Art, wie Steuern leicht werden. Aber eben das scheinen manche Politiker nicht zu wollen. Die Vorschläge der verbündeten Regierungen über den Wehrbeitrag sind von dem Gedanken getragen, daß man diese außerordentliche Abgabe gerecht, aber einfach gestalten muß. Man kann nicht für jeden Beitragenden einen Kalkulator anstellen. Das würde die Abgabe verteuern, es würde aber auch dem Beitragenden gar nicht gefallen. Es ist ganz bestimmt viele Deutsche, die im vollen Einverständnis mit dem Zweck gerne und gleich ihren Beitrag zahlen wollen, die aber nicht gerne drei Stunden oder gar drei Tage rechnen und grübeln, ob sie vielleicht noch einen Abzug machen sollten. Also, sogar die freiwillig übernommene Mehreinnahme ärgert viele, während die freiwillige Abminderung der Grundsumme nach oben sie nicht traurig stimmen würde. Vielfach wird in der Presse die Forderung erhoben, daß die Art der Erhebung und der Nachforschung nicht kleinlich und bedrückend sein soll; damit steht im Widerspruch, daß eine Menge von Ausnahmen und die Berücksichtigung aller besonderen Verhältnisse gefordert wird. Gerade das müßte ja dazu führen, daß dem Steuerzahler ein ellenlanger Fragebogen vorgelegt wird. Wir unsferwärts finden es nicht schlimm, zehn bis zwölf auf den Besitz, die Einnahme und die Familienverhältnisse bezügliche Fragen wahrheitsgemäß und offen zu beantworten, oder es scheint doch nun einmal in weiten Volkskreisen immer noch eine Abneigung dagegen zu herrschen, die dann wieder zur Schürung oppositioneller Gefinnung benötigt wird. Das ist ein Fehlerkreis. Die höchste Gerechtigkeit könnte schließlich dahin führen, für jeden Deutschen, da doch seine Arbeitskraft und sein Vermögen niemals völlig gleich denen eines anderen sind, ein besonderes Veranlagungsverfahren und eine besondere Kommission einzurichten. Das geht nun einmal nicht. Für den Wehrbeitrag war ein gerechtes Grundprinzip, dazu aber ein einfaches Verfahren geboten und dem kam die Volksstimmung entgegen. Daran sollte man nicht rütteln!

Reichstag.

* Berlin, 9. April.

Die erste Beratung der Wehr- und Dedungsvorlagen wird heute fortgesetzt. Abg. Dormann (Sp.) nimmt auf die gestrigen Ausführungen des Dr. Müller-Meinungen Bezug und erklärt, er müsse Widerspruch dagegen erheben, daß die Militärverordnungsverhältnisse auf Personen angewendet würden, die nach dem Offizierpensionsgesetz verabschiedet worden seien. Der Redner weist auf die großen Opfer hin, die dadurch den einzelnen Familien auferlegt würden, daß ihnen mehr Söhne als bisher durch den Militärdienst entzogen werden. Verschiedene Feldeklärungen, Abtötung der Dienstzeit, Verurlaubungen usw. wären am Platze. Generalleutnant Wandel erklärt: Die Prüfung der Frage der Aufbringung des Wehrunterjohes habe ergeben, daß es mög-

lich sein werde, ohne irgend welche Herabsetzung der Anforderungen an die körperliche Beschaffenheit die geforderte Zahl der Rekruten zu finden. Ein verringertes Körpermaß sei kein Schaden für den Militärdienst, im Gegenteil, oft ein Vorteil.

Abg. Hägy (Lp.) führt aus: Elsaß-Lothringen könne nicht anerkennen, daß Deutschland in seiner Existenz bedroht sei. Auch die Begründung der Vorlage habe diesen Standpunkt nicht ändern können. Dem Interesse des Reiches und der Erhaltung des Weltfriedens sei mit der Ablehnung der Vorlage am besten gebient.

Der nächste Redner, Abg. Werner-Hersfeld (Nepf.), tritt für die Vorlage ein, indem er darauf hinweist, daß diese keine Bedrohung unserer Nachbarn, sondern nur eine Sicherstellung unseres Reiches sei.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Sp.) bemerkt: Die Begründung mit der Slawengefahr sei nicht durchschlagend. Das militärische Recht müsse reformiert werden, das bessere Verhältnis zu England sei zu begrüßen.

Abg. Häusler (Zr.) ergreift das Wort zu einer Rede, in der er die Wehrvorlage einer scharfen Kritik unterzieht, wobei er fortgesetzt Beifall von Seiten der Sozialdemokraten erntet. Der einzig stichhaltige Grund für die Vorlagen sei der, daß die allgemeine Wehrpflicht tatsächlich durchgeführt werden solle, da das Heer nicht gleichen Schritt mit der Bevölkerungszunahme gehalten habe. Was nütze aber ein Quinquennatsgesetz, wenn fortgesetzt neue Heeresvorlagen kämen? Es würde der Welt imponieren, wenn die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich mit einer Herabsetzung unserer Dienstzeit beantwortet werden würde. Der Redner trägt eine Reihe von Rängen vor, um deren Abstellung er bittet.

Kriegsminister von Heeringen wendet sich gegen die Vorwürfe des Redners, die er als Übertreibungen bezeichnet. Ich weiß nicht, — so führt der Kriegsminister aus — wo der Abgeordnete seine Erfahrungen gesammelt hat. Ich kenne nur die jetzige Armee und da sehe ich und mit mir viele andere auf einem durchaus andern Standpunkt. Wenn man Sparmaßregelnbestrebungen in der Weise, wie es der Abgeordnete vorgeschlagen hat, an dem Etat des Reichsheeres vornehmen will, dann würde ich vorschlagen, einfach einen Kolportage zu nehmen und rücksichtslos, ohne darauf zu achten, was auf der Seite steht, die Seite durchzuführen. (Lebhafte Unruhe.) Es kommt vor allem auf die Schlagfertigkeit der Armee an. Der deutsche Soldat kostet allerdings mehr als der französische, weil er eine höhere Wohnung bekommt und besser untergebracht ist. Der deutsche Soldat bekommt 108 M. Wohnung, der französische 14,40 M. im Jahr. Der deutsche Soldat wird für 57 M. jährlich untergebracht, der französische für 40 M. Die Bekleidung kostet in Deutschland weniger als in Frankreich. Im ganzen kostet der deutsche Soldat 440 M., der französische 362,40 M. Der Redner hat dann von der reichlichen Bezahlung der deutschen Offiziere gesprochen. Ich möchte den Offizier kennen lernen, der durch seine alte Dienstzeit Reichthümer gesammelt hat. (Große Unruhe.) Eine größere Anzahl höherer Offiziere muß stets für den Kriegsfall vorhanden sein. Der Prozentsatz der inaktiven Generale über 60 Jahre überwiegt weit die Generale unter 60 Jahren. Hieraus ergibt sich die Unmöglichkeit, im Kriegsfall auf sie in nennenswertem Umfang zurückzugreifen. In einem Punkt hat der Abgeordnete recht: die wissenschaftliche Bildung der Offiziere muß noch gefördert werden. Es geschieht aber nach dieser Richtung schon sehr viel. Wenn der Redner weiter behauptet hat, das Material unserer Artillerie genüge nicht mehr, so muß ich dagegen entschieden Protest erheben. (Sehr richtig! rechts.) Schon damit seinen Ausführungen keine weitergehende Bedeutung beigegeben wird, wenn sie im Auslande bekannt werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Unsere westlichen Nachbarn haben in der Ausbildung der Artillerie jetzt denselben Weg beschritten, auf dem wir uns schon seit 15 Jahren befinden, der beste Beweis für die Wichtigkeit unseres Vorgehens. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Für den Sieg im Krieg kommt es nicht nur auf Marschfähigkeit und Schlagfertigkeit an, hauptsächlich auch auf Disziplin. Die Disziplin kann man aber nur in einer gewissen Zeit in die Leute hineinbringen. Eine Verkürzung der Dienstzeit ist nur möglich, wenn man die Schlagfertigkeit der Armee herabsetzt. Die jetzige Vorlage will aber doch gerade die Schlagfertigkeit der deutschen Armee härten. In Frankreich führt man die dreijährige Dienstzeit für die Kavallerie ein, weil man sie vor dem Ruin bewahren will. Die Weglassung aller Parade-mäßen ist in der deutschen Armee schon völlig durchgeführt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das geht auch aus den Bestimmungen für die Ausbildung der Truppen hervor, in denen gesagt wird, daß die Ausbildung der Truppe nur richtig ist, wenn sie das leistet, was der Krieg erfordert, und sie dann nichts zu verlieren hat, was sie im Frieden eingeübt hat. Auf die Ausbildung der Ersatzreserve läßt sich die Armee nicht ein. Das wäre Wasser in ein Sieb schöpfen. Die in 20 Wochen ausgebildeten Ersatzreservisten könnte man doch nicht in die mobilen Truppen einreihen. Es ist besser, eine kleinere Zahl gutausgebildeter Reservisten zu haben, die man sofort verwenden kann. Es ist gewiß richtig, daß 1813 die preussischen und deutschen Soldaten eine nach heutigen Begriffen sehr mäßige Ausbildung hatten. Aber welchen Gegner hatten sie? Wenn das alte französische Heer noch bestanden hätte, hätten die preussischen Truppen einen viel schwereren Stand gehabt. Wie gering ihre militärische Ausbildung war, geht auch daraus hervor, daß nach der Schlacht bei Dennewitz die preussische Landwehr das Gewehr umdrehte: Das flücht besser, riefen sie. Das zeigt auch den Unterschied in der Kriegsführung von damals und heute. Die deutsche Armee wird aber nur dann ihre Aufgaben erfüllen, wenn sie im Frieden für den Krieg richtig vorgebildet wird. (Beifall rechts.)

Bayerischer Militärbevollmächtigter Generalmajor Wenninger: Herr Abg. Häusler ist früher General gewesen. Wenn er aber während seiner Dienstzeit von den Anschauungen, die er heute ausgesprochen hat, gelebt hat, daß man mit etwa ein bis zwei Stunden Dienst auskomme, dann würde er es wohl kaum zum General gebracht haben. (Lärm und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Herr Häusler hat innerhalb seiner Waffe als ein Sachverständiger gegolten. Ich glaube, ich muß ihm erklären, daß gerade die Feldartillerie durch die Fortschritte der Technik in einer Weise vorgekommen ist, wovon er nach seinen Erklärungen nichts weiß. Er hat seit vielen Jahren der Waffe nicht mehr angehört und hat diese Fortschritte am eigenen Leibe, durch eigene Anschauung nicht mehr erlebt. Seine Sachverständigkeit ist dadurch, ich will einmal sagen, etwas eingeschränkt worden. (Seitens der Sozialdemokraten, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Er hat auch von der französischen Kavallerie gesprochen. Ich möchte sagen, nach seiner Laufbahn hat er wohl nicht genügend Gelegenheit gehabt, sich darüber ein zutreffendes Urteil zu bilden. (Unruhe und Lärm bei den Sozialdemokraten.) Herr Häusler hat das durch seine eigenen Darlegungen klar bewiesen, daß er nichts mit der Kavallerie zu tun hat. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich muß das hier sagen, weil die Meinung, als ob die sogenannte Sachverständigkeit des Herrn Generals (die weiteren Worte gehen in Lärm verloren).

Auf eine Bemerkung des Vizepräsidenten. Dowe bemerkt Generalmajor Wenninger: Ich werde also in Zukunft nur noch von dem Abg. Häusler sprechen. Ich habe es aber für meine Pflicht als Vertreter der bayerischen Armee angesehen, hier so zu sprechen. (Lärm der Sozialdemokraten. Beifall.)

Abg. Laux (bayer. Bauernbund) bemerkt, der Abg. Häusler hätte bedenken sollen, daß jedes Wort im Ausland gehört und anders ausgelegt wird, als es gemeint ist. (Sehr richtig!) Große allgemeine Unruhe.) Notwendiges werden wir bewilligen. Überflüssiges streichen.

Reichsminister v. Bethmann-Hollweg: Es ist nicht der letzte Teil der Debatte, der mich veranlaßt, das Wort zu nehmen, sondern ich habe das Bedürfnis, zu zwei Punkten, die gestern und heute erwähnt worden sind, kurz Stellung zu nehmen. Zunächst will ich der Auslegung entgegenzutreten, welche einige Redner meinen Bemerkungen über den slavisch-germanischen Gegensatz gegeben haben. Ich habe von den slavisch-germanischen Strömungen gesprochen; denn ich konnte heute an diesen Strömungen nicht vorbeigehen, weil sie in der gegenwärtigen Balkankrise eine marktante Rolle spielen. Aus diesen slavisch-germanischen Gegensätzen hat ein Teil der Publizistik kommend. Auseinandersetzungen zwischen dem Slaventum und dem Germanentum folgeart. Gegen diese Schlagworte habe ich entschieden Widerspruch eingelegt. Ich habe vor ihnen gewarnt und ich wiederhole diese Warnung heute noch einmal mit ernstem Nachdruck. Das Schlagwort verwechselt die slavisch-germanischen Strömungen mit der Zugehörigkeit zur slavischen Rasse. Die slavische Rasse ist ebenso wie die germanische auf viele Länder verteilt und wohnt da in Zusammenhang mit andern völkischen Bestandteilen. Schon insofern ist dieses Schlagwort unklar und unrichtig. Das Schlagwort ist aber auch um deswillen unrichtig, weil es einen realen Interessengegensatz zwischen uns und Rußland nicht gibt. Das habe ich mit großer Entschiedenheit betont. Das Schlagwort schädigt endlich die Politik, die ich zu führen wünsche und die auf Erhaltung eines gut nachbarlichen Verhältnisses zu Rußland gerichtet ist. (Beifall.) Der zweite Punkt ist der, daß hier von verschiedenen Rednern ganz irrtümliche Darstellungen über die Entstehung der Wehrvorlage ausgesprochen worden sind. Weder der Wehrverein hat die Wehrvorlage veranlaßt, noch ist eine Kapitulation des Kriegsministers oder meiner Person vor den Generalstab vorgekommen. Aus außenpolitischen und militärpolitischen Gründen habe ich mich im November vorigen Jahres von der Notwendigkeit überzeugt, neue Rüstungen für unsere Armee vorzunehmen. (Beifall.) Auf Grund dieser Überzeugung, die von dem Herrn Kriegsminister und dem Chef des Großen Generalstabes geteilt wurde, sind die Vorarbeiten in Angriff genommen worden. Daß wir damit nicht sofort an die Öffentlichkeit getreten sind, dafür werden Sie wohl ein Verständnis haben. Aber der Entschluß stand damals fest. Und dieser Entschluß ist entstanden aus dem Verantwortungsgefühl für die Sicherheit unserer Zukunft. Ich habe aus dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen ein Eindringen gemerkt, daß die große Mehrheit der Parteien dieses hohen Hauses sich bei ihren kommenden Entschlüssen von dem gleichen Gefühl der Verantwortlichkeit leiten lassen will. (Beifall.) daß Sie es erkannten haben, welche große und ernste Bedeutung für Deutschland die Entschlüsse haben werden, die Sie fassen wollen. (Beifall.)

Damit schließt die Debatte, da keine Vorreden mehr vorliegen. Es folgt eine persönliche Bemerkung des Abg. Häusler (Hr.), die sich gegen den bayerischen Bundesratsbevollmächtigten v. Wenninger richtet. Da dieser das Wort ergreift, ist die Debatte wieder zu eröffnen.

Generalmajor v. Wenninger: Ich habe das Bedürfnis, im Namen der bayerischen Offiziere mein tiefstes Bedauern auszusprechen, daß der Abg. Häusler hier Worte gesprochen hat, die ihren Beifall nicht bei der eigenen Partei finden, sondern auf der äußersten Linken. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lebebour (Soz.): Ich muß entschieden Verwahrung einlegen gegen diese Vorhaltungen, die eine moralische Minderwertigkeit eines Abgeordneten darlegen sollen.

Generalmajor v. Wenninger: Nicht als Bundesratsbevollmächtigter, sondern als bayerischer Offizier habe ich meine Ausführungen gemacht. (Großer Lärm.)

Abg. Dr. Frank (Soz.) bezeichnet die letzte Äußerung als eine Illustration für die Annahme der militärischen Kreise. Diesen Versuch, in die Selbstbestimmung des Parlaments einzugreifen, weist er zurück und appelliert an das Selbstbewußtsein des ganzen Hauses. (Beifall.)

Hierauf wird die Debatte abgebrochen geschlossen und die Wehrvorlage der Budgetkommission überwiesen. Das Haus tritt nunmehr in die Generaldiskussion über die Budgetvorlage ein.

Staatssekretär Hühu: Wir sind vor eine Aufgabe gestellt, wie sie in solcher Schwere noch nicht da war. Die Vorlagen der letzten Jahre forderten nur einen Bruchteil der jetzigen. Schon die einmaligen Ausgaben erreichen eine Höhe, wie wir sie bisher nicht gehabt haben. Die große Steuergesetzgebung von 1909 hat unsere Leistungen vorbereitet. Die Finanzproben, die darauf aufgebaut war, hat zu einer gewissen Befestigung unserer Finanzen geführt, so daß sich die Vollendung der Sanierung in kurzer Zeit erwarten ließ. Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Die verbündeten Regierungen schlagen den einmaligen Wehrbeitrag von 1/2 Prozent auf das Vermögen vor. Der Vorschlag mag überrascht haben, er verliert aber das Überraschende bei näherer Erwägung. Wir werden uns die Opfer früherer Zeiten nicht verkümmern lassen können. Eine Anleihe war ausgeschlossen. Ich kann nicht versprechen, daß der gegenwärtige Leiter der Reichsfinanzverwaltung damit nicht kommen wird, nachdem er noch vor Jahresfrist mit Zustimmung des ganzen Hauses sich zu diesen Finanzgrundrissen bekannt hat. Auch kein anderer an meiner Stelle könnte die Verantwortung übernehmen. Wir müssen uns aber aus dem Sumpf der Schulden herbeiarbeiten. Immerhin können sich für das Reich Möglichkeiten ergeben, die eine Anleihe nötig machen, aber in dem

gegenwärtigen Stadium unserer Finanzen erscheint das ausgeschlossen. Eine Anleihe würde sich jetzt nicht rechtfertigen lassen. Man hat zwar gesagt, die Zwede sollen der Zukunft zugute kommen, darum soll die künftige Generation auch ihren Anteil daran haben. Die Heeresverklärung ist aber eine Forderung der Gegenwart. Es ist auch hier gestern ausgeführt worden, daß wir das, was wir veräußert haben, auch selbst zahlen und nicht erst künftigen Generationen überlassen. Und das wäre auch mit der Verweisung des Bedarfs auf eine Anleihe gewonnen: die Tilgung allein hätte eine erhebliche neue Steuer erfordert. Die großen Einnahmequellen des Reiches wären aber erst nach einigen Jahren stark genug, um den Bedarf zu decken. Außerdem wäre die Anleihe zu ungünstigen Bedingungen auf den Markt gekommen, hätte nur zu einem überaus niedrigen Kurs begeben werden können, der wiederum auf die sonstigen Anleihen der Bundesstaaten gedrückt hätte. Der Wert der veräußerten Papiere wäre zurückgegangen, ihre Inhaber hätten sehr bedeutende Verluste erlitten, sicherlich mehr als 1/2 Prozent, die wir in dem Wehrbeitrag fordern. Überhaupt haben die Staatsgläubiger unter der unglücklichen Entwicklung der letzten Jahre schwer zu leiden. Gewiß hat der Vorschlag auch mancherlei Nachteile, das ist nicht zu leugnen. Ich glaube aber doch, er wird auf Zustimmung rechnen können. Aus wirtschaftlichen Gründen sind wir gegen jede Anleihe, ein derartiges Vorgehen würde beim Ausland den Eindruck eines nur schlecht verüllten Staatsbankrotts machen. Ganz das Gegenteil besagt unser Vorschlag. Er ergreift jeden ohne Unterschied des Standes und Vermögens und wird verhältnismäßig leicht getragen werden. Vor allem wird unsere Widerstandsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit vor aller Welt dokumentiert. Selbstverständlich können über die Einzelheiten abweichende Meinungen bestehen. Hierüber wird viel verhandelt werden, ebenso wie über die Einzelheiten der Steuergesetzgebung. Der Leistungsfähigkeit der Beitragspflichtigen wird der Vorschlag gerecht. Diese Leistungsfähigkeit ist aber vorhanden. Er bringt eine Wehrsteuer auf Vermögen und Einkommen, und er ist einfach und einheitlich gestaltet. Schon deshalb wird die einmalige Abgabe durchzuführen sein. Der Antrag Baffermann-Erzberger verlangt eine Wehrsteuer. Diesem Verlangen widerspricht der Wehrbeitrag nicht. Aber mit ihm ist der Antrag noch nicht erledigt. Der Wehrbeitrag soll den Charakter einer Ausnahme haben. Die neuen Steuern haben eine wesentliche andere Aufgabe als früher. Sie sollen wesentlich nur zur Deckung der militärischen Ausgaben dienen. Für sie können als indirekte Steuern eine Vermögens- oder Erbschaftsteuer in Betracht. Wir haben diese namens des Reiches nicht vorgeschlagen, weil diese Einnahmequellen ebenso wie die Einkommensteuer den Bundesstaaten zur Erhebung ihrer eigenen Ausgaben gelassen werden soll. Die Erbschaftsteuer verstehen wir in dem Sinne, daß die bestehende auf Kinder und Ehegatten ausgedehnt würde, wie sie früher einmal von der Regierung vorgeschlagen war. Wir haben davon abgesehen, einmal, weil die Verhältnisse jetzt anders liegen, dann aber auch aus Gründen recht praktischer und nützlicher Art. Zunächst würde der Wehrbeitrag hemmend. Ein Vermögen, das von einer solchen hohen Abgabe betroffen war, kann man nicht unmittelbar hinterher wieder besteuern. Dann hätte die Erbschaftsteuer den Betrag auch nicht gebracht. Auch gegen die Vermögenswachstumssteuer sprächen gewichtige Gründe, die Erhebung allein war zu hoch. Wie wir es vorschlagen, ist es den verschiedenen Bundesstaaten möglich, die geforderten Leistungen durch neue Zuschläge zu ihren Einkommen- und Erbschaftsteuern zu erheben. Es soll nur in Form einer Wehrsteuer geschehen. Das besondere Gesetz, das in den Staaten vorgegeben ist, die sich bis 1916 dem vorgeschlagenen System nicht anpassen konnten, würde der Prüfung und Entscheidung des Bundesrats unterliegen. Bis dahin muß der bundesstaatliche Gesetzgebung Zeit gelassen werden, da erst Anfang 1914 die Vermögen festgesetzt sein können durch den Wehrbeitrag. Ein Eingreifen in das Steuerwesen der Bundesstaaten wird dadurch vermieden. Diesem Moment ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bei der staatlichen Wiedereingliederung Deutschlands ist es sehr schwer, einheitliches neues Recht zu schaffen. Bei Ordnung der Rechte und Bedürfnisse des Reiches muß große Rücksicht genommen werden auf die Rechte und Bedürfnisse seiner Glieder. Das entspricht seiner verfassungsrechtlichen Grundlage, aber auch seiner geschichtlichen Entwicklung, und wir sind dieser Wiedereingliederung in den Bundesstaaten große Kulturvorteile schuldig. Gemeinsames Verbrauchsgeld haben wir auf Wertpapiere und Stempel gelegt. Das ergab sich notwendig. Eine Erhöhung der Abgaben braucht damit nicht notwendig verbunden zu sein, wenn sie auf das Reich übertragen werden. In gewissen Fällen können sogar Erleichterungen eintreten. Die Besteuerung der Aktiengesellschaften hat sich in bestimmten Grenzen gehalten, die immer auf besondere Verhältnisse Rücksicht nimmt. An dem Mobilienvermögen der Bevölkerung könnten wir nicht ganz vorbeigehen. Für das Erbrecht des Staates ist eine milde Form gewählt worden. Gerade in neuester Zeit haben hervorragende Fachmänner begründet, daß der Staat in gewissen Fällen ein Erbrecht haben müsse. Das vorgeschlagene Erbrecht erreicht lange nicht den Betrag einer Erbschaftsteuer. Derartige Bestimmungen haben in den Zeiten des Zollvereins bestanden und sind zum Teil unverändert erhalten worden. Die günstigen Ergebnisse der letzten Jahre machen vielleicht eine Erleichterung der Ausgaben möglich. Die Überschüsse von 1909 haben allein 75 Mill. für einmalige Ausgaben zurückgestellt. Es ist nur richtig, wenn wir unsere Einnahmen wachsen lassen, als immerfort neue Steuern bei neuen Bedürfnissen einzuführen. Diese lokale Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung sollte in weiten Kreisen Anerkennung finden. Bei der Zuckersteuer haben wir kein Verprechen abgegeben, sondern lediglich eine Vereinbarung mit dem Reichstage getroffen, daß nur mit Zustimmung beider Faktoren geändert werden kann. Bereits 1912 ist die Aufhebung der Steuer zurückgestellt worden. Die Erhöhung des Kriegsschatzes auf 120 Millionen macht keine besonderen Schwierigkeiten. Sie dient ebenso wie die Schatzanweisungen der Stärkung des Goldvorrats. Die Nachfrage nach kleinen Kassenscheinen ist sehr groß. Einem völligen Verzicht, wie ihn der Abg. Dr. Trendt vorgeschlagen hat, möchte ich nicht zustimmen. Man müßte dann dazu kommen, Kassenscheine und Reichsbanknoten zu zehn Mark nebeneinander herauszugeben zu lassen. Bei Steuerprojekten es allen recht zu machen, ist eine Kunst, die niemand kann. Gätte ich mich hierüber in einer Fassung befinden, würden mich die Hunderte von Zeitungsartikeln hierüber aufklären haben. Die Presse hat es allerdings leichter als wir. Sie kann Vorschläge machen, deren Annahme bei der Volksvertretung und den verbündeten Regierungen von vornherein unmöglich ist. Sie kann sich auf den Tadel beschränken und das Bessermachen andern überlassen. Anders bei den gesetzgebenden Körperschaften. Ich sehe den Verhandlungen hier im Hause mit Ruhe entgegen. Man wird zugeben müssen, daß ich versucht habe, für eine der größten Ausgaben aller Zeiten Deckung zu schaffen, ohne an den Grundlagern unseres Finanzwesens und dem liberalen Charakter des Reiches zu rütteln und ohne den grundsätzlich ausgesprochenen Anschauungen der Parteien entgegenzutreten, ohne Handel, Verkehr, Industrie und vor allem die breiten Massen in irgendeiner Weise mit neuen Steuern zu belasten, in einer Weise, wie

es wohl keiner von denen, die jetzt so herbe Kritik üben, überhaupt für möglich gehalten hätte. Ich glaube doch, eine Waffe gegeben zu haben, auf der, wenn auch nichts Vollkommenes, so doch etwas Befriedigendes nicht bloß geschaffen werden kann, sondern geschaffen werden muß und geschaffen werden wird. Denn wenn wir nun einmal den Ausbau unseres Heerwesens als nationale Notwendigkeit erkannt haben, arbeiten wir, indem wir zu seiner finanziellen Untermauerung die Steine fügen, doch noch immer an dem Ziel, das unser aller Herzen am nächsten liegt, an der Sicherheit, an der Wohlfahrt, an der Größe unseres gemeinsamen Vaterlandes. (Beifall.)

Nächste Sitzung, Donnerstag 1 Uhr: Fortsetzung.

Berlin, 9. April. In der Budgetkommission des Reichstages wünschte ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei zu wissen, wieviel jüdische Einjährige in dem letzten Jahre zu Offiziersaspiranten befördert oder zu Reserveoffizieren gewählt worden seien. Der Kriegsminister erwiderte, eine Statistik darüber, wieviel jüdische Einjährige zu Offiziersaspiranten befördert würden, bestehe nicht. Jeder qualifizierte Einjährige, gleichviel welcher Konfession, könne nach den bestehenden Vorschriften befördert werden. Ein Zentrumsredner unterstellte das Verlangen nach der Vorlage einer Statistik. Gegenüber der Frage, daß die Juden in den Kadettenanstalten keine Aufnahme fänden, führte der Kriegsminister aus, daß es sich hier um christliche Erziehungsanstalten handle. Der Schluß der Zentrumsresolution betr. eine Statistik über den Reserveoffizier-Ertrag wurde angenommen.

Berlin, 9. April. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages erklärte Kriegsminister von Heeringen auf die getrigge Anfrage des Zentrums über die Duellfrage, daß seit 1897 aus wichtigen Gründen kein Duell mehr vorgekommen sei. In dieser Beziehung sei erfreulicherweise eine Wendung in den Anschauungen des Offizierkorps eingetreten. Seit 1897 seien 72 Duelle durch Vermittlung des Ehrenrates bzw. durch Allerhöchste Entscheidung verhindert worden. Auf eine Anfrage bezüglich des Falls Graf Königsmarck erklärte der Kriegsminister, daß vor Beendigung des gerichtlichen Verfahrens das militärische Ehrengericht nicht in Funktion treten könne.

Die Balkankrise.

Die Note der Mächte an die Balkanstaaten wird in genden Inhalt haben: Erstens: Die Mächte sind damit einverstanden, die gerade Linie Enos-Midia als Grundlage für die Verhandlungen für die neue türkisch-bulgarische Grenze anzunehmen. Zweitens: Die Entscheidung über das Schicksal der ägäischen Inseln, von denen die Mehrzahl Griechenland zufallen soll, wird den Mächten überlassen. Drittens: Die Frage der Kriegsentfesselung soll mit allen aus dem Krieg hervorgehenden finanziellen Fragen zusammen durch eine Finanzkommission in Paris erörtert werden. Zum Schluß werden die Mächte den Verbündeten empfehlen, die Feindseligkeiten einzustellen.

London, 9. April. Das Neuter-Bureau meldet aus Malta: Der Panzerkreuzer „Duke of Edinburgh“, der am Montag von der Levante zurückkehrte, hat Befehl erhalten, sich zur Abfahrt bereit zu halten. Auch alle hier liegenden Kriegsschiffe erhielten Befehl, sich bereit zu halten. Man schreibt diese Maßnahmen der Haltung Montenegros gegenüber den Mächten zu.

London, 9. April. Das Neuter-Bureau meldet aus Malta: Der geschützte Kreuzer „Medea“ erhielt den Befehl, den Panzerkreuzer „Duke of Edinburgh“ nach dem Orient zu begleiten. Beide Schiffe nehmen Kohlen ein.

London, 9. April. Die „Daily Mail“ schreibt: Es ist eine Frage für die beteiligten Mächte, ob sie nicht selbst nach der Herausforderung Montenegros König Nikolaus eine goldene Belohnung ausgeben und ihm durch eine handelsrechtliche Kompensation einen ehrenvollen Ausweg ermöglichen könnten. Vorausgesetzt, daß er bereit ist, auf Skutari zu verzichten und seine Truppen von der Belagerung der Stadt zurückzuziehen, könnte man ihm eine Geldsumme anbieten, die es ihm ermöglichen würde, die Verluste, die sein kleines Land während des Krieges erlitten hat, wettzumachen und das Landgebiet, das ihm zufallen wird, zu entwickeln. Das ist vielleicht kein heroischer Kurs für die Mächte, aber um ein größeres Unheil zu verhüten und dem Frieden den Weg zu ebnen dürfte das europäische Konzert gut beraten sein, wenn es in die Tatse greift.

Sofia, 9. April. In dieser komplizierter Stelle erblickt man keinerlei Hindernis für die sofortige Unterzeichnung des Präliminarfriedens. Was Bulgarien angeht, so wäre es jedenfalls zur Unterzeichnung bereit. Die Entscheidung hinge daher einerseits von den Großmächten, andererseits von den übrigen Balkanverbündeten ab, die Bulgarien in ihrer Forderung nicht beeinflussen können.

St. Petersburg, 9. April. Ein kaiserlicher Armeebefehl, der heute veröffentlicht wird, bestätigt ein Verbot für Militärpersonen aller Rangklassen, an Kundgebungen aller Art einschließlich solcher, wie sie am 8. April stattfanden, sich zu beteiligen.

Politische Übersicht.

Kaisertage in Homburg v. d. S. Der Kaiser bejuchte auf seinem getriggen Nachmittagspaziergang die Saalburg und beschäftigte dabei mit großem Interesse eine römische Getreidemühle, welche von Baurat Jakob rekonstruiert worden ist. Die Rekonstruktion war möglich, nachdem im vorigen Jahre im Kastell Zugmantel in einem Brunnen des 2. Jahrhunderts das ganze Getriebe und 2 Mühlsteine einer solchen Mühle gefunden worden waren. Des Getriebe, der Vorläufer der heutigen Zahnräder, wird von dem alten römischen Schriftsteller Vitruvius genau dem Fund entsprechend beschrieben. Die Rekonstruktion ist in natürlicher Größe hergestellt.

Die nationalliberale Parteitag für Preußen, der am Sonntag in Hannover tagte, faßte folgenden Beschluß: „Der 4. Allgemeine Preussische Vertretertag der nationalliberalen Partei spricht die Erwartung aus, daß bei den kommenden preussischen Landtagswahlen die Wahlfreisorganisationen und die Kandidaten gegenüber Sozialdemokratie keinerlei Verpflichtungen übernehmen“

Die Erste Kammer des elsässisch-lothringischen Landtages erledigte am Dienstag in 2. und 3. Lesung das Bergwerkssteuergesetz, wobei — entgegen der Regierungsvorlage, die eine Staffelung wünschte — die Abgaben nach einem festen Prozentsatz erhoben werden. Außerdem wurden das Beamtenbesoldungsgesetz und das Lehrerbefoldungsgesetz in dritter Lesung verabschiedet. — Die Zweite Kammer sprach sich am Mittwoch mit allen gegen 4 Stimmen bei einer Stimmenthaltung für die Aufhebung des Jesuitengesetzes aus. Zur Frage der Erteilung von Jagdscheinen an Ausländer erklärte der Unterstaatssekretär Mandel, daß die ewigen Ausnahmen aufhören müßten und die Bestimmungen fortan nach dem Wortlaut des Gesetzes erlassen würden. Zur Frage der konfessionellen Philosophie-Professur gab der Kurator der Universität Erlangen v. Bad die Erklärung ab, daß die Regierung die Verträge halten werde, solange sie bestehen.

Die Berliner Verhandlungen im Malergewerbe sind gescheitert, weil die Gehilfenvertreter es ablehnen, die Löhne dem Schiedsgericht gemäß um 8 Pf. pro Stunde auf die ganze Vertragsdauer herabzusetzen. Es wurde gleichzeitig festgestellt, daß bereits 13 488 Gehilfen zu neuen, größtenteils günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen als nach den bisherigen Schiedsprüchen arbeiten.

* Ausland.

Bern, 9. April. Der Ständerat ratifizierte den Gotthardvertrag mit 33 gegen 9 Stimmen nach dreitägiger Beratung. Damit ist der Vertrag seitens der Schweiz endgültig ratifiziert.

Rom, 9. April. Die Besserung im Befinden des Papstes hält seit heute morgen an. Eine Schwester und die Nichte des Papstes weilten bis nachmittags 3 Uhr im Vatikan. Nach einer ärztlichen Untersuchung des Papstes am Abend soll der Zustand befriedigend sein. Das Fieber ist seit gestern abend nicht zurückgekehrt. Die Ärzte Racheia Fava und Amici sind bemüht, die Schwäche und das Allgemeinbefinden des Papstes zu beheben. Der Papst zeigte sich heute morgen weniger abgeneigt, Fleischbrühe und Milch aufzunehmen. Außer einer kleinen Dosis Aspirin erhält der Papst keine Medizin. Da der Zustand des Herzens ziemlich gut ist, ist keine Einspritzung nötig gewesen.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 10. April.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb und den Minister Dr. Freiherrn von Bodman zur Vortragserstattung. Hiernach nahm Seine königliche Hoheit die Meldung des Generalleutnants z. D. Schöpflin, bisher Kommandeur der 33. Division, entgegen.

Nachmittags folgte der Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo.

** Staatliche Förderung der Waldanpflanzungen im Großherzogtum Baden im Jahre 1912.

Aber den Betrieb der staatlichen Pflanzschulen, die zur Unterstützung der von Gemeinden und Privaten unternommenen Aufforstungen bestimmt sind, und über die sonstige staatliche Förderung von Anpflanzungen im Jahre 1912 gehen uns folgende Mitteilungen zu:

I. Pflanzschulbetrieb:

Die Zahl der staatlichen Pflanzschulen (20) war zu Anfang des Jahres 1912 die gleiche wie 1911, auch ihre Gesamtfläche blieb mit 16,67 Hektar annähernd gleich. Im Laufe des Jahres sind die 0,74 Hektar große Pflanzschule im Domänenwaldbezirk Bohrer der Forstbezirks Willingen und die 0,15 Hektar große im Forstbezirk Ottenhöfen eingegangen; außerdem wird im Jahr 1913 der Pflanzschulbetrieb im Forstbezirk Erieberg ganz eingestellt und im Forstbezirk Sadingen die Pflanzschule in Nohel aufgegeben werden; ferner ist beabsichtigt, die 0,88 Hektar große Pflanzschule im Forstbezirk Mosbach nach und nach auf etwa die Hälfte der Fläche zu verkleinern.

Ungünstige Lage der Pflanzschulen, ungeeignete Bodenverhältnisse und Mangel an Pflanzmaterial haben zu diesen Betriebsbeschränkungen die Veranlassung gegeben.

Die Pflanzschule im Forstbezirk Waldkirch hat durch Abtretung von Gelände zu einem Straßenbau eine Verkleinerung um etwa 12 Ar erfahren; um die rege Nachfrage nach Pflanzungen in diesem Bezirke befriedigen zu können, wurde eine neue 0,82 Hektar große Pflanzschule in Betrieb genommen.

Abgegeben wurden im ganzen rund 1 411 000 Pflanzen, davon 77 Proz. verschulte Nadelholzpflanzen, meist Fichten, 23 Proz. Nadelholzjünglinge und eine unbedeutende Anzahl Laubbömer. Abnehmer waren für 16 Proz. der Pflanzen Gemeinden, 82 Proz. kamen in die Hand von Privatwaldbesitzern, 2 Proz. wurden an verschiedene Forstämter für das Domänenamt verkauft. Der Verwendungszweck der Pflanzen war für 56 Proz. Waldneuanlagen, für 38 Proz. Wiederaufbau alter Waldflächen, 4 Proz. waren Versuchspflanzen; die restlichen 2 Proz. sind die an Forstämter abgegebenen Pflanzen, die zur Hälfte zum Anbau, zur Hälfte in alten Waldungen verwendet wurden.

Der Gesamtaufwand für den Pflanzschulbetrieb war 15 677 M. (1911: 15 719 M.); ihm steht gegenüber eine Gesamteinnahme von 13 712 M. aus Pflanzenverkauf einschließlich 820 M. für landwirtschaftliche Zwischennutzung und dem Wert unentgeltlich abgegebener Pflanzen mit 433 M. (1911: 12 692 M. einschließlich 109 und 413 M.). Der ungedeckte Aufwand für den Pflanzschulbetrieb beträgt somit 1965 M. (1911: 3027 M.). Auf 1000 Stück abgegebener Pflanzen kommt ein Aufwand von 11,11 M. und eine Einnahme von 9,72 M., so daß der Staatszuschuß für das laufende Jahr 1,39 M. beträgt gegen 2,15 M. im Jahr 1911.

II. Anerkennungsgeber und Beihilfen.

Anerkennungsgeber für Aufforstung von Edland und geringem landwirtschaftlichem Gelände wurden an eine Gemeinde im Schwarzwald, in 8 Fällen an bäuerliche Grundbesitzer im Schwarzwald und in 1 Fall an einen solchen im oberen Rheintal ausbezahlt; der Gesamtbetrag war 780 M.;

dabon 80 M. an die Gemeinde, 700 M. an die Privaten; die aufgeförderte Fläche, auf die sich diese Prämien beziehen, beträgt 47 Hektar.

Beihilfen zur Kostendeckung für Aufforstungen, wie sie auf Grund vorher abgeschlossener Vereinbarungen oder einfacher Zusagen ausbezahlt werden, wurden in 7 Fällen an Gemeinden, in 8 Fällen an Private gewährt mit 8380 und 216, zusammen 8596 M. Eine Anerkennungsprämie von 31,05 M. die laut Vereinbarung an einen Privatpflanzschulbesitzer für 31 050 Stück abgegebener Pflanzen ausbezahlt wurde, und der Wert der an 3 Gemeinden unentgeltlich abgegebenen Pflanzen mit 433 M. ist dabei inbegriffen. Die aufgeförderte Fläche beträgt 67 Hektar; hiervon liegen 42 Hektar im Oberrhein (Eberbach), 25 Hektar im Schwarzwald und den angrenzenden Gebieten.

Anerkennungsgeber und Beihilfen zusammen wurden somit in 8 Fällen mit 9460 M. an Gemeinden, in 12 Fällen mit 916 M. an Private gewährt, ihr Gesamtbetrag ist 4376 M.; die gesamte aufgeförderte Fläche ist 114 Hektar groß, der Zuschuß pro Hektar der aufgeförderten Fläche beträgt also 38,41 M.

Zu den Landtagswahlen.

Die nationalliberale „Breisgauer Zeitung“ veröffentlicht folgende parteiantliche Notiz: „Wie zuverlässig verlautet, dürfte nach den Verhandlungen, die unter den beteiligten drei Parteien der Linken stattfanden, ein Grobblock für den ersten Wahltag von den kommenden Landtagswahlen kaum mehr in Frage kommen, während er für die Stichwahl als durchaus festzuhaltendes Ziel betrachtet wird und als gesichert gelten kann.“

Zum Thema „Politische Überzeugung“.

Der Karlsruher „Volksfreund“ polemisiert in seiner gestrigen Nummer gegen unsere Bemerkung, die Sozialdemokratie sei in nationalen Dingen unbelehrbar, sie habe von dem Ernst der weltpolitischen Situation, wie von der Eigenart der Lage des deutschen Reiches keine Ahnung. Das sozialdemokratische Organ erblickt in dieser Bemerkung einen Angriff auf seine politische Gesinnung und ehrliche Überzeugung. Diese Ansicht ist irrig. Wir zweifeln durchaus nicht an der Überzeugungstreue des „Volksfreunds“. Das ist ja gerade der Jammer, daß die Sozialdemokratie bei ihrer völlig verkehrten Überzeugung beharrt, daß sie unbelehrbar bleibt. Wir verstehen nicht, wie das sozialdemokratische Organ aus unsern klaren unabweisenden Worten den Vorwurf der Gesinnungslosigkeit herauslesen konnte.

Allerdings macht daselbe Blatt uns bei jeder Gelegenheit ähnliche Vorwürfe, wie wir sie angeblich ihm gemacht haben sollen; und zwar geschieht das durch die immer wiederkehrende Behauptung, die Redaktion eines Regierungsorgans habe keine eigene politische Meinung. Solche Äußerungen sind sehr töricht; denn genau so, wie es Leute gibt, die auf die Anschauungen der Sozialdemokratie eingestiegen sind, gibt es auch Leute, die aus innerer ehrlicher Überzeugung der Regierung dienen und die Politik der Regierung für richtig halten. Und genau so, wie es Leute gibt, die nur im Versteckten eines Parteidogmas glücklich sind, gibt es auch Leute, die von jedem Parteizwang frei sein wollen und sich deshalb der Regierung als einer über den Parteien, für das Wohl des Ganzen arbeitenden Institution gern zur Verfügung stellen.

Wir nehmen an, daß der Volksfreund von dieser unserer offenen Erklärung ebenso Notiz nehmen wird, wie wir nicht gezögert haben, ihm seine Überzeugungstreue zu bestätigen, mag diese Überzeugung auch in unseren Augen eine verkehrte, ja unheilvolle sein. C. A.

Aus der Residenz.

Der Verein bildender Künstler veranstaltete am Samstag abend, den 12. d. Mts., ein kleines Fest in sämtlichen Räumen des Künstlerhauses, zu dem dieses Mal auch Nicht-Mitglieder Zutritt hatten. Die Pierrot-Pantomime „Die Blinde“ von Otto Eichrodt, die auf einigen auswärtigen Bühnen mit großem Erfolg aufgeführt wurde, wird den Abend eröffnen. Die fantastische Szene „Der Fischzug“ von Karl Böhm führt den Zuschauer an die malerische südbaltische Küste. Direktor Albert Wolf hat die Dekorationen nach den böhmischen Skizzen gemalt. Eine zweite kleinere Bühne gibt den Kabarettkünstlern Gelegenheit, mit ihrer intimen Kunst die Festeinnehmer zu unterhalten. Eine gute Musikkapelle wird dafür sorgen, daß Tänzer und Tänzerinnen nicht lange auf ihren Plätzen sitzen bleiben können.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Somburg, b. d. S., 10. April. Zum Besuch der Cumberlander Herrschaften hatte die Stadt Somburg reicher Flaggen Schmuck angelegt. Gegen 11¼ Uhr trafen auf dem Bahnsteig der Kaiser in der Uniform der Kaiserlicher Jäger zu Pferde, die Kaiserin, Prinz Adalbert von Preußen, Prinzessin Viktoria Luise und das Gefolge ein. — Um 11 Uhr 50 Min. lief der Sonderzug ein, welchem der Herzog und die Herzogin von Cumberland, Prinzessin Olga, Prinz Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg und das Prinzenpaar Max von Baden entstiegen. Der Herzog trug die Uniform seines österreichischen Regiments, der Prinz die Uniform der kaiserlichen Husaren. Der Kaiser war der Herzogin kein Aussteigen behilflich und wechselte Kräfte mit ihr. Sodann begrüßte der Kaiser den Herzog; beide schüttelten sich lange die Hände. Der Herzog begrüßte sodann die Kaiserin mit einem Kuß, ebenso die Prinzessin Viktoria Luise von Preußen. Der Kaiser überreichte der Herzogin und der Prinzessin Olga Blumensträuße. Sodann folgte die Vorstellung der Gefolge. Der Kaiser und der

Herzog, sowie die Kaiserin und die Herzogin plauderten lange Zeit miteinander. Abschließend wurde die Fahrt in Automobilen nach dem königlichen Schloß angetreten. Im ersten Automobil nahmen die Kaiserin und die Herzogin von Cumberland, sowie das Brautpaar Platz; im zweiten folgten der Kaiser mit dem Herzog von Cumberland, welcher rechts saß, sowie Prinz Adalbert von Preußen. Das Publikum und die Schulkinder begrüßten das Kaiserpaar und die Gäste mit lebhaften Hochrufen.

London, 10. April. Prinz Heinrich von Preußen ist gestern hier eingetroffen. Sein Besuch ist rein privater Natur.

Strasburg, 10. April. Mit Bezug auf eine in der „Westfälischen Zeitung“ enthaltene Strasburger Korrespondenz, bezugnehmend auf die in Colmar private drahtlose Verbindungen mit dem Pariser Eiffelturm entdeckt habe und es sich dabei um „offenkundige Spionage“ handle, ist das W.-L.-V. ermächtigt, folgendes festzustellen: In mehreren Privathäusern, hgw. Privatschulen in Colmar und Mülhausen haben seit einiger Zeit Physiklehrer und sonstige Fachmänner Empfangsapparate — also nicht Geheimplätze — angebracht, um mittelst dieser Apparate Zeitsignale des Eiffelturms (Feststellung der Mittagstunde usw.) abzunehmen. Für einige dieser Apparate ist die Genehmigung der kaiserlichen Oberpostdirektion erteilt worden, während anderen Besitzern solcher Empfangsstationen, welchen die Angelegenheit zur Kenntnis nicht bekannt war, jetzt die Auflage zur Beseitigung der Apparate zugeht. In der ganzen Angelegenheit handelt es sich lediglich um wissenschaftliche Spielereien oder um Experimente, die Lehramtszwecke zu dienen hatten. Anzunehmen, daß Spionagewecke vorlägen, war keinerlei Veranlassung gegeben.

Stuttgart, 10. April. Wie der „Schwäbische Merkur“ meldet, hat die Regierung heute vormittag bei dem Landtag den Entwurf einer Erhöhung der Zivilliste des Königs um 350 000 M. eingebracht. Begründet ist die Erhöhung in der Hauptsache mit der Notwendigkeit einer Aufbesserung der Besoldung der Hofbeamten und Hofangehörigen.

Wien, 10. April. Die Blätter erfahren von unterrichteter Stelle zu den verschiedensten Nachrichten, wonach König Nikolaus für seinen Verzicht auf Statuti durch territoriale und finanzielle Zugeständnisse entschädigt werden solle, daß das Konzert der Großmächte sich mit dieser Angelegenheit noch nicht befaßt habe. Andererseits sei es wohl möglich, daß einzelne Mächte untereinander bereits Besprechungen darüber gepflogen hätten. Jedenfalls sei es aber ganz ausgeschlossen, daß Montenegro eine territoriale Entschädigung auf Kosten Albanien erhalte, dessen Grenze im Norden und Nordosten bereits endgültig festgelegt sei.

Rom, 10. April. Der Papst hat die Nacht ruhig verbracht und ein wenig geruht. Heute früh 7.45 Uhr besuchten die Ärzte den Papst. Sie konstatierten, daß die gestern eingetretene Besserung andauere. Die Schwestern und die Nichte des Papstes statten ihm kurz nach 8 Uhr einen Besuch ab.

Stand der Badischen Bank

am 7. April 1912.

Aktiva.	
Metallbestand	7 734 371 M. 13 Pf.
Reichsschatenscheine	15 455 „ —
Noten anderer Banken	1 873 680 „ —
Wechselbestand	21 216 577 „ 29
Rombardforderungen	9 667 875 „ —
Effekten	3 171 068 „ 30
Sonstige Aktiva	4 211 434 „ 57
	45 036 561 M. 29 Pf.
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefonds	2 250 000 „ —
Umlaufende Noten	18 517 400 „ —
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	14 627 037 „ 50
An eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten	— „ —
Sonstige Passiva	642 123 „ 79
	45 036 561 M. 29 Pf.

Verbindlichkeiten aus weiter begebenen, im Inlande zahlbaren Wechseln 211 816 M. 91 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Familiennachrichten.

Todesfälle. Ursula Häfner, Ehefrau. — Sofie Kreis, Ehefrau. — Karl, R.: Karl Weder, Magaziner. — Charlotte Haug, Witwe. — Luise, R.: Christoph Hülfemann, Weißgerber. — Rosa, R.: Friedr. Berisch, Tagelöhner. — Wilhelm, R.: Jakob Senger, Schirmann.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie vom 10. April 1912.

Das Hochdruckgebiet im Westen der britischen Inseln hat seine Lage beibehalten, die nördliche Depression, die sich heute über Nordspanien befindet hat sich vertieft und hat sich weit nach Süden hin ausgedehnt, so daß bis Mitteldeutschland herein wieder Regenwetter eingetreten ist. Die Temperaturen liegen dabei nur wenig über dem Gefrierpunkt; bei uns sind Nachfröste aufgetreten. Da das Orisbarometer noch etwas fällt, so scheint der Depressionsfluß noch anzuhalten, es ist deshalb bewölkt und kühles Wetter ohne erhebliche Niederschläge zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 10. April, früh:
Lugano wolkenlos 4 Grad, Biarritz heiter 7 Grad, Perpignan wolkenlos 8 Grad, Triest bedeckt, 8 Grad, Florenz bedeckt 11 Grad, Rom wolzig 7 Grad, Cagliari wolzig 14 Grad.

Verantwortlich für die Redaktion:
Chefredakteur E. Amen in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

G. SCHMIDT-STAUB
Hof-Juwelier & Hof-Uhrmacher
KARLSRUHE
154 Kaiserstrasse gegenüber der Hauptpost
Altrenommiertes Haus

Statt besonderer Anzeige.

Todes-Anzeige.

Gestern abend ist hier meine liebe Mutter

Frau Luise Kärcher

geb. Commerell,
Witwe des Landgerichtsrates a. D. Karl Kärcher

im Alter von 76 Jahren und 11 Monaten nach schwerem Leiden
entschlafen.

Mannheim, den 9. April 1913.

Dr. Ernst Kärcher,
Erster Staatsanwalt.

Die Beerdigung findet am Freitag den 11. März d. Js. vormittags 11 Uhr, in
Karlsruhe statt.
Es wird gebeten, Blumenspenden und Beileidsbesuche gefl. zu unterlassen. E.483

b. Luzern, Vierwaldstättersee, Schweiz
Bürgenstock Hotel - Pension Waldheim.
Gut bürgerl. Hans. Gute Verpfleg. Herrl.
Spaziergänge. Verlangen Sie Prospekt. Mäss. Preise. Th. Amstutz.

Marine-Verein Karlsruhe

Tiefbetrubt mußten wir Kenntnis von dem Untergang des
Torpedoboots S 178 nehmen und beklagen mit uns u. unseren
gesamten Kameraden, das Deutsche Reich und weit über seine
Grenzen hinaus, jede Nation, den Verlust der den Heldentod
gestorbenen 69 Kameraden, die in treuer Pflichterfüllung und
eingedenk ihrer Pflicht für Fürst und Vaterland in den Tod
gegangen sind. Ehre ihrem Andenken!
Da der Verlust dieser Kameraden in ihren eigenen und
Familienkreisen schwere Lücken hinterlassen hat, so hat unser
Verein einmütig beschlossen, zugunsten der Hinterbliebenen ein

Wohltätigkeits-Konzert

zu veranstalten.
Bei Zusammenstellung des Programms haben sich erfreu-
licherweise in den Dienst der wirklich herzensguten Sache
gestellt:

1. Frau Kammerängerin Lauer-Kottlar,
2. Frä. Opersängerin Hildegard Baumann,
3. Herr Kammeränger Jan van Gorkom,
4. Der gesamte Männergesangsverein
„Liederhalle“,
5. Die vollständige Kgl. Grenadier-Kapelle
unter Leitung ihres Musikmeisters Herrn
Bernhagen.

Als Tag für dieses Konzert haben wir
Mittwoch den 23. April ds. Js.,
abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im großen Saal der Festhalle
dahier in Aussicht genommen und bereits festgelegt. Wir
richten nun an die Bürgerschaft von Karlsruhe und Umge-
bung das höfliche Ersuchen, unsere Sache unterstützen zu
wollen und bemerken, daß die Preise der Plätze, welche nu-
meriert, folgende sind:

Erste Abteilung	2.50 Mark
Zweite Abteilung	1.50 Mark
Dritte Abteilung	1.— Mark
Die übrigen Plätze	0.50 Mark

Der gesamte Kartenvorverkauf liegt in Händen der Musi-
kalienhandlung **Fritz Müller**, dahier, Ecke Kaiserstraße
und Kaiser-Wilhelm-Passage. E.484
Karlsruhe, den 7. April 1913.
Das Komitee.

Zur
Miete
empfehle
Flügel
Pianos
Harmoniums
L. Schweisgut
Hofl., 4 Erbprinzenstr. 4

Täglich frisch gestochener
Spargel
zu billigsten Tagespreisen.
V. Merkle **Karlsruhe**
Telephon 175 Kaiserstr. 160

Schreibgehilfenstelle.

Bei der Evang. Kirchl. Stif-
tungsverwaltung Offenburg
ist die Stelle eines Schreib-
gehilfen mit einer Anfangs-
vergütung bis 1100 M. jähr-
lich auf 1. Mai d. J. zu be-
setzen. E.481.2.1
Jüngere Bewerber evang.
Konfession, mit guter Hand-
schrift, auf Schreibmaschine
eingeweiht, gewandt in Bureau-
arbeiten, wollen sich um-
gehend unter Vorlage der
Zeugnisse sowie eines selbst-
geschriebenen Lebenslaufes
melden.
In den Lungenheilstätten
Friedrichsheim und Luisen-
heim im bad. Schwarzwald
(Kreis Bruchsal) ist auf 15.
Mai 1913 eine Stelle für ein
unverheirateten
Hilfsarzt
zu besetzen. Bedingungen
auf Anfrage durch E.471.3.2
Die Direktion.

Type Course

bedeutet Renn-Ausführung. Sie fahren
sicherer und sparsamer, wenn Sie beim
Kauf von Automobilreifen unsere Ausführung
Type Course vorschreiben. Für schwere
und schnelle Wagen nur diesen Typ

Continental
Pneumatik

Continental - Caoutchouc- und
Gutta-Percha-Co., Hannover.

Turbinen für alle Gefälle und Wassermengen.
:: Größte Leistungsfähigkeit. ::

Oldruckregulatoren
für Geschwindigkeit und Wasserstand.

Escher Wyß & Cie., Ravensburg (Württbg.)

In den Fabriken der Firma bis jetzt 5200 Turbinen mit zusammen 2350000 PS. ausgeführt,
mehr als irgend eine andere Turbinenbaufirma, für Gefälle von 0,6 bis 930 m, darunter zahl-
reiche Anlagen für staatliche und städtische Behörden. D.921
Gründung der Fabrik in Ravensburg 1857. — Ingenieurbureau Freiburg i. B.: Schwimmbadstraße 42.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Die Zwangsversteigerung des Grundstücks der Katharina
geb. Alfeld, Witwe des Zimmermanns Wilhelm Weiß in
Karlsruhe, Gb. Nr. 4642 (Kaiser-Allee 139, jetzt 137a) am
11. April 1913 findet nicht statt. E.685
Karlsruhe, den 10. April 1913.
Großh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.

Erbenaufruf.
E.664. Weinheim. Abraham
Graf, Maurer von Groß-
sachsen, welcher am Nachlaß
der Philipp Friedt II. Ehefrau
von Hilsbach als Miterbe
beteiligt ist, wird aufgefor-
dert, seinen derzeitigen Auf-
enthaltort anher mitzutei-
len.
Gr. Notariat II Weinheim.

**Verstehene
Bekanntmachungen.**
Tiefbauarbeiten für den
Umbau des Bahnhofs Titisee
nach Finanzministerialverord-
nung vom 3. Januar 1907
öffentlich zu vergeben. Haupt-
sächlichste Arbeiten: 59000
cbm Ausschub, 3400 cbm Be-
ton, 780 cbm Bruchstein-
mauerwerk, 15000 qm Chauf-
frierungen, 1600 qm Weg-
und Bahnsteigrandsteine, 700
qm Kleinpflaster, 1300 m Be-
mentröhren 15—50 cm weit,
3000 cbm Kies-Bahnkörper.
Zeichnungen und Beding-
nishefte an Werktagen bei
diefiger Dienststelle zur Ein-
sicht, dort auch Abgabe der
Angebotsbordrude, soweit
Sovrat da. Angebote beschlos-
sen, postfrei und mit der nö-
tigen Aufschrift, bis längstens
Mittwoch den 23. April 1913,
vormittags 11 Uhr, bei uns
einzureichen. Zuschlagsfrist
3 Wochen. E.651.2.1
Neustadt i. Schwarzw.,
den 5. April 1913.
Bahnbaupinspektion.

Der Anfrucht des etwa 249
Tonnen schweren Eisenwerks
der neuen Bahnsteighalle im
Mannheimer Personenbahn-
hof nach der Finanzministe-
rialverordnung vom 3. Jan.
1907 im öffentlichen Wettbe-
werb in einem Los zu verge-
ben. E.642.3.2.2
Berechnungsbedingungen u.
Zeichnungen im Dienstgebäu-
de, Tunnelstraße 5, 1. Stod,
Zimmer Nr. 16, einzusehen;
dajelbst kostenlose Abgabe der
Angebotsbordrude ohne Zeich-
nungen. Kein Versand nach
auswärts.
Unterjährige Angebote
bis spätestens Samstag den
12. April 1913, vormittags
10 Uhr, zur öffentlichen Ver-
dingungsverhandlung ver-
schlossen und postfrei mit der
Aufschrift „Bahnsteighalle,
Anfrucht des Eisenwerks“, bei
uns einzureichen.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Rammheim, 5. April 1913.
Gr. Bahnbaupinspektion I.

Samstag den 12. bis inkl. Freitag den 18. April 1913:

3000 Mitwirkende

„Quo Vadis“

Drama aus der Zeit der Christenver-
folgung in 6 Akten.

Erstaufführungsrecht! Spieldauer ca. 2 Stunden!

Das gewaltigste, wunderbarste und bedeutendste kinematographische Schauspiel
nach dem bekannten Roman von Scienkiewicz.

Residenz - Theater
Waldstrasse 30

Beginn der Vorstellungen: 2, 4 $\frac{1}{4}$, 6 $\frac{1}{2}$ und 8 $\frac{3}{4}$ Uhr
Musikalisch künstlerisch illustriert durch verstärkt. Orchester
Nur an der Kasse gelöste Karten berechtigen zum Eintritt
Loge M. 1.50, I. Platz 1.—, II. Platz —.80, III. Platz —.50

Zur gefl. Beachtung!

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß es im Interesse des ver-
ehrlichen Publikums gelegen ist, pünktlich zu den Vorstellungen zu erscheinen, da es
nicht angängig ist, daß später Kommende das Versäumte in der darauffolgenden
Vorstellung nachholen. E.474